Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12150**

18. Wahlperiode 26.04.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD – Drucksache 18/10018 –

Gartenbau sowie Garten- und Landschaftsbau als innovativen Wirtschaftszweig stärken und zukunftsfest machen

A. Problem

Laut der Fraktionen der CDU/CSU und SPD ist der Gartenbausektor mit einer Bruttowertschöpfung von rund 20 Milliarden (Mrd.) Euro und einem Umsatz in Höhe von 78 Mrd. Euro ein wichtiger Wirtschaftszweig und Arbeitgeber für 700 000 Menschen. Aus Sicht der Fraktionen der CDU/CSU und SPD steht der Gartenbausektor in Deutschland mit der Anpassung an den Klimawandel und den Anforderungen an die Energieeffizienz wie auch der Strukturveränderung in den Handelsbeziehungen vor vielfältigen Herausforderungen. Dabei steht aus Sicht der Antragsteller die ressourcenschonende Produktion im Vordergrund. Insbesondere der Unterglasgartenbau ist laut der Antragsteller mit einem hohen Einsatz von Energie verbunden. Um den Gartenbausektor in Deutschland für die Zukunft zu stärken, sollen aus Sicht der Fraktionen der CDU/CSU und SPD die politischen Rechtsetzungen auf Ebene der Europäischen Union (EU) intensiv begleitet werden. Dazu zählt für sie eine weitere Angleichung wettbewerbsrelevanter Regelungen ebenso wie der europäische Patent- und Sortenschutz.

Mit dem Antrag soll der Deutsche Bundestag u. a. begrüßen, dass das Bundesprogramm zur Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in der Landwirtschaft der Zukunftsinitiative Niedrigenergiegewächshaus (ZINEG) nachfolgt. Begrüßt werden soll darüber hinaus die Förderung von Energieberatung und Wissenstransfer als Teil des Bundesprogramms des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) zur Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in der Landwirtschaft und im Gartenbau 2016 bis 2018.

Mit dem Antrag auf Drucksache 18/10018 soll die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel insbesondere aufgefordert werden, darauf hinzuwirken, dass auf der Ebene der EU im Bereich der Züchtung sichergestellt wird, dass Erzeugnisse aus konventioneller Zucht und alle im Wesentlichen biologischen Verfahren von der Patentierbarkeit ausgeschlossen werden. Dabei soll u. a. im EU-Patentrecht für Pflanzen- und Tierzucht ein umfassendes Züchterprivileg

Anwendung finden. Darüber hinaus soll der Zugang zu den Märkten von kaufkräftigen Drittstaaten für die Erzeuger durch die Bundesregierung vereinfacht werden.

Im Bereich der urbanen Grünflächen soll die Bundesregierung vom Deutschen Bundestag vor allem aufgefordert werden, auf der Grundlage von städtebaulichen Entwicklungskonzepten oder Freiraumentwicklungsprogrammen der Kommunen die Grünausstattung, -erreichbarkeit und -pflege in den Städten nachhaltig zu verbessern und ein eigenständiges Förderprogramm „Stadtgrün“ im Rahmen von Förderprogrammen wie der Nationalen Klimaschutzinitiative zu etablieren bzw. zu stärken.

Zudem soll im Bereich der Ressortforschung der Deutsche Bundestag die Bundesregierung insbesondere auffordern, finanzielle Mittel für eine Nachfolgeforschung zum Forschungsprojekt ZINEG bereitzustellen, die Erforschung neuer Gefahren durch Pflanzenkrankheiten und –schädlinge sowie Gefahren der Bodenmüdigkeit zu unterstützen und die Züchtungsforschung insbesondere für den ökologischen Anbau zu verstärken.

Ferner soll im Bereich Umwelt die Bundesregierung aufgefordert werden, neben der anwenderfreundlichen und sich mit dem Züchterprivileg wechselseitig stützenden Umsetzung des Nagoya-Protokolls auch die Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) auf den produzierenden Gartenbau auszuweiten, um damit die notwendige Grundlage für eine ökonomische und ökologische Zukunftsentwicklung zu schaffen.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenhaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/10018 anzunehmen.

Berlin, den 26. April 2017

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Alois Gerig
Vorsitzender

Thomas Mahlberg
Berichterstatter

Johann Saathoff
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Thomas Mahlberg, Johann Saathoff, Dr. Kirsten Tackmann und Friedrich Ostendorff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 197. Sitzung am 21. Oktober 2016 den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf **Drucksache 18/10018** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Laut der Fraktionen der CDU/CSU und SPD ist der Gartenbausektor mit einer Bruttowertschöpfung von rund 20 Milliarden (Mrd.) Euro und einem Umsatz in Höhe von 78 Mrd. Euro ein wichtiger Wirtschaftszweig in Deutschland. Nach Darstellung der Antragsteller umfasst die Vielfältigkeit des Gartenbausektors die Produktion von Obst, Gemüse, Kräutern, Zierpflanzen und Gehölzen, die Friedhofs- und Einzelhandelsgärtnereien sowie den Garten- und Landschaftsbau. Insbesondere klein- und mittelständische Betriebe sind in diesem Wirtschaftszweig stark vertreten und beschäftigen um die 700 000 Menschen. Gerade für die jungen Menschen ist der Gartenbau in der Agrarbranche nach Ansicht der Antragsteller mit seinen 13 000 Ausbildungsplätzen ein wichtiger Arbeitgeber.

Aus Sicht der Fraktionen der CDU/CSU und SPD steht der Gartenbausektor in Deutschland mit der Anpassung an den Klimawandel und den Anforderungen an die Energieeffizienz wie auch der Strukturveränderung in den Handelsbeziehungen vor vielfältigen Herausforderungen. Dabei steht aus Sicht der Antragsteller die ressourcenschonende Produktion im Vordergrund. Nach Auffassung der Antragsteller ist im Gartenbau insbesondere der Unterglasgartenbau mit einem hohen Einsatz von Energie verbunden.

Bereits in den Jahren 2009 bis 2012 wurden nach Darstellung der Antragsteller gemeinsam von dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) über ein Förderprogramm Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und des Anteils der erneuerbaren Energie in der Landwirtschaft und im Gartenbau gefördert. Die Antragsteller sind der Auffassung, dass das Potenzial zur Erhöhung der Energieeffizienz im Rahmen dieses Programms noch nicht ausgeschöpft wurde und die Fortsetzung dieses Programms erwünscht wird.

Um dem Gartenbausektor am Standort Deutschland eine zukunftsfähige Perspektive zu bieten und seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, müssen aus Sicht der Fraktionen der CDU/CSU und SPD politische Rechtsetzungen auf der Ebene der Europäischen Union (EU) intensiv begleitet werden. Dies umfasst besonders die weitere Angleichung wettbewerbsrelevanter Regelungen wie auch den Patent- und Sortenschutz der EU.

Nach Auffassung der Antragsteller macht die ausgewogene Grünentwicklung urbane Räume lebenswerter, steigert ihre Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort wie auch als Tourismusziel. Das gestiegene Bewusstsein für städtische Grünräume steht aus Sicht der Antragsteller in Verbindung mit dem verstärkten Fokus auf die lokale Lebensmittelherstellung, die Integration von Landwirtschaft und städtischer Lebensweise sowie sozialer und umweltfreundlicher Produktion. Aus Sicht der Antragsteller wird wegen der wachsenden Nachfrage von Ökoprodukten auch ein Ausbau des ökologischen Gartenbaus als sinnvoll erachtet.

Mit dem Antrag auf Drucksache 18/10018 soll der Deutsche Bundestag insbesondere begrüßen,

1. dass das Bundesprogramm zur Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in der Landwirtschaft und im Gartenbau 2016 bis 2018 der Zukunftsinitiative Niedrigenergiegewächshaus (ZINEG) nachfolgt;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2. dass die Energieberatung und der Wissenstransfer als Teil des BMEL-Bundesprogramms zur Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in der Landwirtschaft und im Gartenbau 2016 bis 2018 gefördert wird;

3. dass die vorbildlichen Ergebnisse der Plan- und Monitoringproben in der nationalen Berichterstattung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), im Rahmen dessen die Analysedaten der amtlichen Lebensmittelüberwachung zu Rückständen von Pflanzenschutzmitteln in Obst, Gemüse und anderen pflanzlichen Erzeugnissen ausgewertet werden und im Jahr 2014 die Beanstandungsquote bei diesen Produkten lediglich 0,9 Prozent betrug.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 18/10018 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. auf Ebene der EU

   – darauf hinzuwirken, dass im Bereich der Züchtung sichergestellt ist, dass Erzeugnisse aus konventioneller Zucht und alle im Wesentlichen biologischen Verfahren von der Patentierbarkeit ausgeschlossen sind;

   – darauf hinzuwirken, dass die EU in ihrem Patentrecht für Pflanzen- und Tierzucht nach wie vor ein umfassendes Züchterprivileg anwendet;

   – den Zugang zu den Märkten von kaufkräftigen Drittstaaten für die Erzeuger zu vereinfachen, indem die Unterstützung der Exporteure von Obst und Gemüse sowie von Blumen und Zierpflanzen auf Ebene der EU intensiviert und die zunehmende Zahl der nichttarifären Handelshemmnisse abgebaut werden;

   – Forschungsprogramme wie Horizont 2020 oder die Europäische Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Partnerschaft“ (EIP-AGRI) sowie die europäische Forschungszusammenarbeit (ERA-NET-Projekte) verstärkt für den Gartenbausektor nutzbar zu machen bzw. zu nutzen;

   – – darauf hinzuwirken, dass im Rahmen von etwaigen Freihandelsabkommen Einfuhren denselben Anforderungen unterliegen wie EU-Erzeugnisse;

2. im Bereich der urbanen Grünflächen

   – im Rahmen des aktuellen Weißbuchprozesses „Grün in der Stadt“ die Diskussion über ein eigenständiges Förderprogramm Stadtgrün zu führen;

   – auf der Grundlage von städtebaulichen Entwicklungskonzepten oder Freiraumentwicklungsprogrammen der Kommunen die Grünausstattung, -erreichbarkeit und -pflege in den Städten nachhaltig zu verbessern;

   – das Stadtgrün im Rahmen von Förderprogrammen wie der Nationalen Klimaschutzinitiative zu etablieren bzw. zu stärken;

   – auf Grundlage integrierter Stadtentwicklungskonzepte die Grünentwicklung durch Quartiersbezug zu stärken;

3. im Bereich Ressortforschung

   – aufbauend auf den Empfehlungen des BMEL-Zukunftskongresses Gartenbau aus dem Jahr 2013 eine detaillierte Branchenanalyse zur Ermittlung von spartenspezifischen und regionalen Unterschieden in der Arbeits-, Mitarbeiter- und Ausbildungsstruktur durchzuführen;

   – finanzielle Mittel für eine Nachfolgeforschung zum Forschungsprojekt ZINEG bereitzustellen;

   – Forschungsprojekte durchzuführen, um zu offenen Fragestellungen im Bereich „Grün in der Stadt“, insbesondere zur Schaffung, Erhaltung bzw. Finanzierung und Vernetzung von Grünflächen (einschließlich

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Dach- und Fassadenbegrünung), Bodenentsiegelung, Brachflächenrevitalisierung sowie der sozialen Funktion von Stadtgrün aktuelles Fachwissen zur Verfügung zu stellen und Modellvorhaben zur Erprobung von möglichen Lösungsansätzen zu prüfen;

– die Erforschung neuer Gefahren durch Pflanzenkrankheiten und -schädlinge für Vegetationsflächen sowie Gefahren der Bodenmüdigkeit zu unterstützen;

– im Hinblick auf die Bedeutung der gartenbauwissenschaftlichen Forschung für die Zukunftsfähigkeit der gartenbaulichen Produktion in Deutschland den Erhalt bestehender gartenbauwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen zu unterstützen;

– die Züchtungsforschung insbesondere für den ökologischen Anbau zu verstärken;

4. im Bereich Umwelt

– auf eine anwenderfreundliche, möglichst unbürokratische und sich mit dem Züchterprivileg wechselseitig stützende Umsetzung des Nagoya-Protokolls hinzuwirken und die regionale, umwelt- und sozial gerechte Produktion und Vermarktung auch im Sinne einer nachhaltigen Klimabilanz zu stärken;

– die Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) auf den produzierenden Gartenbau auszuweiten, um damit die notwendige Grundlage für eine ökonomische und ökologische Zukunftsentwicklung zu schaffen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 141. Sitzung am 26. April 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10018 anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 105. Sitzung am 26. April 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10018 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 110. Sitzung am 26. April 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10018 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat in seiner 117. Sitzung am 26. April 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10018 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 94. Sitzung am 26. April 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10018 anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 84. Sitzung am 26. April 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10018 anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 18/10018 in seiner 81. Sitzung am 26. April 2017 abschließend beraten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, da der Gartenbausektor mit einer Bruttowertschöpfung von rund 20 Milliarden Euro ein wichtiger Wirtschaftszweig und ein großer Arbeitgeber, vor allem in ländlichen Regionen, sei, zugleich aber vor großen Herausforderungen stehe, brauche er dringend Rückhalt aus der Politik. Diese Rückendeckung komme auf Initiative der Fraktion der CDU/CSU von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Mit ihrem Antrag wollten sie der Branche, die sehr vielfältig und innovativ sei, stärken und zukunftsfest machen. Der Schwerpunkt liege dabei auf der Angleichung EU-weiter, wettbewerbsrelevanter Regelungen sowie dem Patent- und Sortenschutz in der EU. Ferner wollten sie die gartenbauwissenschaftliche Forschung und deren Einrichtungen unterstützen, denn nur so ließen sich adäquate Antworten auf Fragen der Energieeffizienz, Pflanzengesundheit und Züchtung sowie auf weitere Herausforderungen finden. Auch beim Thema „Grün in der Stadt“ würden flankierende Maßnahmen gebraucht, damit die für alle so wichtigen Grünflächen nicht „kaputtgespart“ würden.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, gerade in ländlichen Regionen sei der Gartenbau ein wichtiger Bestandteil, denn er generiere Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Damit das auch so bleibe, müsse sich der Bund auch weiterhin für eine leistungsfähige Forschung im Gartenbau einsetzen. Ein zentraler Aspekt sei dabei die aktive Unterstützung der Branche beim Klimaschutz. Schon heute leiste der Gartenbau einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Insbesondere das Bundesprogramm zur Förderung von Effizienzmaßnahmen in Landwirtschaft und Gartenbau laufe sehr erfolgreich. Ziel der Fraktionen der CDU/CSU und SPD sei es, die Energieeffizienz und den Anteil der erneuerbaren Energien in der Landwirtschaft und im Gartenbau noch weiter zu erhöhen. Ein weiterer zentraler Aspekt des Antrages sei das Thema „Grün in der Stadt“. Im Rahmen des Weißbuchprozesses „Grün in der Stadt“ wollten die Fraktionen der CDU/CSU und SPD die Diskussion über ein eigenständiges Förderprogramm Stadtgrün führen und insgesamt die Grünausstattung, –erreichbarkeit und –pflege in den Städten verbessern.

Die **Fraktion DIE LINKE.** äußerte, in der Wertschätzung des Landschafts- und Gartenbaus bestehe fraktionsübergreifend große Einigkeit. Der Antrag enthalte viele Dinge, die von ihr geteilt würden. Das gelte insbesondere für die Forderung, auf EU-Ebene im Bereich der Züchtung sicherzustellen, dass Erzeugnisse aus konventioneller Zucht und alle im Wesentlichen biologischen Verfahren von der Patentierbarkeit ausgeschlossen würden. Der „Knackpunkt“ des Antrages sei das wichtige Thema Forschung, welches zu unverbindlich behandelt werde. Viele Einrichtungen der angewandten Agrarforschung, die heute der Leibniz-Gemeinschaft angehörten, stünden unter massivem Druck. Sie hätten eine „gelbe Karte“ bei ihrer Evaluierung bekommen, obwohl sie erfolgreich forschten. Der Grund liege in den derzeitigen ungeeigneten Bewertungskriterien der Leibniz-Gemeinschaft für Institute der angewandten Agrarforschung. Ein aktuelles Beispiel für diese Entwicklung sei das Institut für Gemüse- und Zierpflanzenzüchtung (IGZ) in Erfurt, welches von der „Abwicklung“ bedroht sei. Hier erwarte die Fraktion DIE LINKE. von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD ein gemeinsames klares Bekenntnis, um dieses für den Gartenbau in Deutschland wichtige Institut erhalten zu können.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, in der Bewertung, dass der Garten- und Landschaftsbau ein wichtiger Bereich sei, der mit seiner Wirtschaftskraft viele Arbeitsplätze sichere, seien sich alle Fraktionen einig. Der Antrag signalisiere jedoch zu Unrecht „freie Fahrt“ für alles, was im Garten- und Landschaftsbau, z. B. im Bereich der Biopatente, möglich wäre. Es habe sich bewährt, dass ein stringentes gesetzliches Regelwerk existiere. Schon alleine durch Unachtsamkeiten, wie aktuell beim sog. Feuerbakterium im Bereich der invasiven Arten, könnten oftmals verheerende Konsequenzen für die Betriebe entstehen. Die Antragsforderung nach Harmonisierung des EU-Pflanzenschutzes sei obsolet, weil der Markt bereits andere Signale setze. Viele Gartenbaubetriebe würden Pflanzenschutzmittel nicht mehr anwenden, weil die Abnehmer ihrer Produkte es zur Bedingung machten. Beim Thema Stadtgrün bedürfe es stärkerer Förderakzente zur Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels in den Städten. Schon heute seien die Temperaturen in den Städten im Vergleich zu ihrem Umland oftmals zwei bis drei Grad wärmer. Um dieses Problem müsse sich die Politik entschiedener kümmern.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 18/10018 anzunehmen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 26. April 2017

Thomas Mahlberg
Berichterstatter

Johann Saathoff
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.